

## THEMA

PRIVATSPHÄRE UND GEHEIMDIENST

# Freiheit? Aber sicher!

Raymond Klein

REGARDS

**Die Freiheit darf nicht im Namen der Sicherheit gefährdet werden, das versichern sämtliche Parteien unter dem Eindruck von Geheimdienstaffäre und Regierungskrise. Doch wie weit geht der Reformwille in diesem sensiblen Bereich wirklich?**

Was tut ein Geheimdienst, wenn herauskommt, dass er Personen missbräuchlich überwacht hat? Er vernichtet die Beweise und lässt dem Opfer durch den Staatsanwalt mitteilen, die Akte habe leider zerstört werden müssen. Was tun Agenten, die mit inszenierten Bombenanschläge eine Bedrohung der nationalen Sicherheit vorgetäuscht haben? Sie versuchen, den Verdacht auf eine andere, ewig-gestrige Geheimorganisation zu lenken, und fälschen zu dem Zweck Dokumente.

Wie es sich wirklich zugetragen hat, müssen Untersuchungskommission und Gerichte klären. Um sich vorzustellen, dass es in hinter den Mauern von Luxemburgs Regierungs- und Justizbehörden beinahe zugeht wie in einem Spionagethriller, braucht man seit ein paar Monaten keine blühende Fantasie mehr - ein Zeitungsabonnent oder ein funktionierender Rundfunkempfänger reichen aus. Woran liegt es, dass der Schutz der Privatsphäre und die Kontrolle der Geheimdienste in der Wahlkampagne trotzdem nur Nebenthemen sind?

## Es geht nicht ohne

Vielleicht daran, dass alle Parteien sich darin einig sind, dass der Schutz der Freiheit nicht den Sicherheitsinte-

ressen geopfert werden darf. Es hat in Luxemburg auch kein prominenter Politiker versucht, wie der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich, die Sicherheit zum „Supergrundrecht“ zu erklären und sie damit über andere Grundrechte zu stellen. Sogar rechts angesiedelten Parteien, wie ADR, PID und CSV, scheint die Vorstellung eines Überwachungsstaats Unbehagen zu bereiten. Zwar zählt die ADR laut ihrem Grundsatzprogramm von 2006 die Gewährleistung der Sicherheit von Bürgern und Eigentum zu den „ur-eigensten Aufgaben des Staates“, doch die Freiheit rangiert als Grundrecht noch höher. Der entstehende Zielkonflikt ist allerdings kein Thema. In dem mit heißer Nadel gestrickten PID-Wahlprogramm wird „ein umfangreicher Datenschutz“ gefordert - doch steht das im Kapitel über „Integrale Agrikultur“ und gilt nur für Bauern. Unmissverständlich ist immerhin die Aussage in dem von Amnesty International veröffentlichten Wahlprüfstein: „Alle schmutzigen Tricks, mit denen der Staat seine Bürger ausspioniert, gehören verboten“, erklärt die PID hier klipp und klar.

Auch die CSV will den Schutz der Privatsphäre verstärken und den Geheimdienst kontrollieren. Auffällig ist allerdings, dass sie dem sensiblen Thema kein eigenes Kapitel gewidmet, sondern ihre diesbezüglichen Aussagen über das ganze Wahlprogramm verteilt hat. Auch die grundsätzliche Bewertung von Freiheit versus Sicherheit kommt in ihrem „Aktionsprogramm“ nicht zur Sprache, so, als solle das Thema unauffällig umgangen werden. Vielleicht ist dies auch der Grund, warum die

